

Das Ende der Energiewende naht

von Stefan Reinschmidt

Der Stillstand in der Energiewende ist das Produkt der aktuellen Bundesregierung.

Die CO₂ Abgabe liegt statt bei 15 - 20€ bei 4€/t. Die Ausgabe der Zertifikate für umsonst mag ja noch vertretbar sein, aber dann auch noch 100 Millionen Zertifikate zu viel ausgeben, damit unterwandert die Politik ihre eigenen Ziele. Oder sind die Ziele, wie so oft, nur Lippenbekenntnisse?

"Das muss international geregelt werden, wenn Deutschland hier Alleingänge macht ist dies ein Standortnachteil." Also Kaffee trinken. E.ON, RWE müssen gehalten werden, das Stadtwerke sterben, was nun ansteht, ist egal. Da ist der Bund nicht in der Pflicht, das müssen die Kommunen selbst regeln. Auf Kosten der Kommunen leben kann der Bund aber sehr wohl. (Konkretitätsmissbrauch seitens des Bundes: der Bund bestellt den Braten, die Kommune zahlt)

Die neoliberale Wirtschaftspolitik, Privatisieren um jeden Preis, führt dazu, dass große Konzerne die Stadtwerke aufkaufen können. Yellow Strom Tochter, hier von EnBW, politisch gewollte Diversifizierung des Angebots für die großen Vier.

Rosinenpickerei, um Stadtwerke vor Ort, privatisieren, siehe Düsseldorf, aber mehr Markt ist das wohl nicht. Denn ob Muttergesellschaft oder Tochter, EnBW bleibt EnBW, oder? Zudem wird hier natürlich, wenn nötig, Konzernintern subventioniert, denn man "wuchert in Feindesland" von RWE bzw. E.ON.

E.ON wie RWE sind hoch verschuldete Unternehmen. Und das schwedische Unternehmen Vattenfall will noch 3,7 Mrd.€ mitnehmen, und dann nichts wie weg. E.ON gliedert seinen Kraftwerksparks aus, RWE lebt von den Drecksschleudern der Braunkohleverstromung und die Stadtwerke sowie die STEAG (Gewinne nur im Ausland, z.B. Türkei durch Kohleverstromung) liegen im Sterben.

Die Regelung Gabriels von Februar diesen Jahres "reduziert" die Investitionen, den "Wildwuchs" in erneuerbare Energien. Geht es nicht um Ausbau und Förderung der erneuerbaren Energien?

Und der Preisverfall für Strom an der Börse, den Gewinn daraus die Konzerne selbst einstreichen, bringt sie gleichzeitig in die Defensive.

Das Projekt Energiewende steht vor ihrem Ende. Und das, weil die Gabriels den Diener machen bei den Lobbyisten, die nur die kurzfristigen Gewinnziele ihrer Konzerne im Auge haben. Zudem macht Gabriel auch noch reine Kohlepolitik. Importkohlepolitik! Kohle die in Lateinamerika zu Menschen unwürdigen Bedingungen von amerikanischen Konzernen, (vom Landschaftsverbrauch ganz zu schweigen) abgebaut werden.

Das ist keine Energiewende sondern Zerstörung von Zukunft.

Die Speicherung von Energie ist das größte Problem. Wo sind die zusätzlichen staatlichen Forschungsmittel mit und ohne Hebelwirkung. Wo die Initiative den Zertifikatshandel wieder in Gang zu setzen. Wo das Konzept welches die globalen Gedanken in lokales

Handeln ermöglichen. Wo sind die genauen Pläne, Steuerungsmatrix für die Übergangsphase für Länder und Kommunen.

Die Rangfolge der Einspeisung in das Netz muss zwingend geändert werden. Die Leistungsvorhaltung von Gaskraftwerken muss steuerlich begünstigt werden gegenüber Kohlekraftwerken. Stattdessen sterben die Investitionen der jeweiligen Stadtwerke bundesweit.(Gaskraftwerke: Darmstadt, Lingen, Köln, Hershing u.a.m..)

Der sogenannte Markt regelt gerade seine Vergangenheit, am Besten zu Lasten der Steuerzahler und Verbraucher.

In der Öffentlichkeit wird immer nur über nicht vorhandene Netze gelabert, gleichzeitig die Deindustrialisierung in den Kommunen vorangetrieben.

Wenn lokales Denken erlaubt würde, sind die vorhandenen Leitungen auf einmal ausreichend! Aber es wird nur in Großanlagen gedacht, damit Aktionäre den Markt bestimmen können. Das die Energiewende die Produktion lokalisiert, wird mit aller Gewalt zu verhindern versucht. Eher wird über das Landschaft und Grundwasser zerstörende Fracking nachgedacht, das wiederum nur Großkonzerne gewinnbringend betreiben könnten.

Es ist überhaupt mal festzustellen, dass die Strombörse in Leipzig nur und ausschließlich vorher nicht beteiligten Aktionären! und Hedgefonds nützt und Gewinne bringt zu Lasten der Verbraucher!

Dieser Markt gehört von der Politik neu geregelt, aber der Markt regelt sich selbst !?

Die EEG Reform muss neu ausgerichtet werden.

Die Reform ist ausschließlich zugunsten großer Erzeuger formuliert worden. Selbst für den Eigenbedarf soll die KWK Umlage gelten, obwohl die Kraft Wärme-Kopplung besonders umweltfreundlich und effizient ist, muss ich für meine Investition dann Strafe zahlen?

Die Energieeffizienzmaßnahmen und Energiedienstleistungen werden zugunsten großer Erzeuger behindert. Was soll das Ganze?

Von dem Ziel der CO2 Reduzierung ist man abgerückt? Wird jedenfalls nicht mehr erwähnt.

Der Zwang zum Verkauf sprich die Verpflichtende Direktvermarktung als dezentraler Stromerzeuger bei den jetzigen Börsenpreisen des Stroms, wie soll da jemand erfolgreich sein?

Da Gabriel mit seiner Februarinitiative 2014 mit sich sehr zufrieden ist, wird hier wohl nichts weiter passieren.

Warum nicht mit dem RWE Chef Terium mitgehen, der hat richtig erkannt: Die Energiekonzerne müssen sich wegbewegen von der Stromproduktion hin zu Entwicklung von lokalen industriellen Produktionsstätten von Strom, oder z.B lokale Speichereinheiten etc. pp..

Und lokale Konzepte gibt es zu Hauff, und dann auch noch gute. Nur das Kapital steht dagegen und auf der anderen Seite steht es nicht zur Verfügung, damit man entsprechend investieren könnte seitens z.B. der Stadtwerke.

Mit einer neuen Steuerpolitik könnte die Regierung das bewirken, aber mit der Kanzlerin Merkel, die ausschließlich für das Großkapital unterwegs ist, nicht denkbar.

Global: TTIP/TISA/CETA

Diese Handelsabkommen, die keine Handelsabkommen sind, sondern unter dem Fähnchen des Freihandels, den wir seit den (1947) Gatt - Abkommen bzw. seit Gründung der WTO schon immer hatten, verstecken sich "gesetzgebende Lobbyistenvereinigungen" von 150 Großkonzernen, die über 50% des Welthandels darstellen. Mit höchster politischer Unterstützung wird massiv eine gegen die amerikanischen und europäischen Bürger gerichtete Wirtschaftspolitik voran getrieben. Das Perverse der Politiker, diese Abkommen auch noch mit den aktuellen wirtschaftlichen Problemen zu begründen ist an Erbärmlichkeit an sich und Verachtung der Bürger nicht mehr zu toppen. Der Kollaps der sozialen Marktwirtschaft steht bevor.

Nehmen wir die aktuelle Kohlepolitik des Regierung Merkel/Gabriel.

Ohne Kohle, Importkohle geht es nicht, betont Gabriel immer wieder. Kohletagebau in Kolumbien, (zweitgrößter Lieferant von Steinkohle nach Deutschland), Mitbestimmungsfrei, ja Gewerkschaftsfrei, gleiches gilt für West Virginia (USA), zudem frei von Umweltauflagen und Sicherheitsauflagen bzw. frei von Arbeitsschutz und zu Sklavenlöhnen gewonnen, importiert.

Der Kohleabbau in Cerrejon (Kolumbien) bedeutet Billigkohle für Deutschland. Armut, Krankheiten bei den Anwohnern und Umweltzerstörung für Kolumbien. Importeure RWE, E.ON (6 Mio.t ca. 7%/a 2013 des Gesamtabbaus in Cerrejon), Evonik u.a.m..

Der amerikanische Konzerne Drummond und der Schweizer Konzern GlencoreXstrata sind die eigentlichen Regenten in Kolumbien. Gegen diese Konzerne kann der Kolumbianische Staat keine Rechtsmittel einlegen, da sie keine finanziellen Mittel haben um einen Rechtsstreit zu führen.

Unter diesem Gesichtspunkt hat der Investorenschutz TTIP/ CETA eine ganz neue Qualität für uns alle.

Weitere indirekte Investoren an den Kohleminen in Kolumbien:l (über Beteiligungen)

- [Allianz SE](#), [Argenta](#), [Bayern LB](#), [BNP Paribas](#), [Deutsche Bank](#), [DekaBank](#), [DZ Bank](#), [ING KBC](#), [LBBW](#), [Munich Re](#), [UniCredit Group](#), [Commerzbank](#)¹
- Das zeigt, Herr Gabriel unterstützt massiv die Interessen von deutschen Banken und Versicherungen. Ohne Kohle geht es nicht!

Aber auch was den Anlagenbau von Kohlekraftwerken betrifft ist Gabriel konsequent. Die KfW und deren privatwirtschaftlich geführte Tochter Ipex werden weitere Kohlekraftwerke für den Export, also mit staatlicher Unterstützung, finanzieren. Ebenso die verwerfliche

1 (Anghaben: Facing Finance online, Ausschnitt aus veröffentlichten Liste)

CCS Technologie, die der Bundestag dankenswerter Weise nicht ratifiziert hat, darf exportiert werden.

Die Lex Siemens für Atomtechnologie Exporte ist ebenso anzuführen.

Und wer gegen diese Politik wettet erhält im Anschluss, wie immer, die "potenziellen Arbeitsplatzverluste" um die Ohren gehauen.

Würde man eine aktive Industriepolitik etablieren, könnte man aus diesen Firmen die Potenziale für neue umweltfreundliche energietechnische Technologien entwickeln. Aber wenn Staat sich einmischt in Firmenpolitik ist das ja Sozialismus. Nach eigenen Angaben sind die heimischen Firmen nur Konkurrenzfähig wenn Staat mitfinanziert bzw. Bürgschaften gibt.

Aber anstatt diese Gelder, die also sowieso in die Hand genommen werden müssen, in neue Technologien und deren Entwicklung zu geben, zu bürgen oder kreditieren, lieber öffentliche Gelder in die Zerstörung des Planeten geben.

Diese Praxis von Energiepolitik vernichtet die angestrebten Klima- und energiepolitischen Ziele, die gesellschaftlich mit großer Mehrheit getragen werden. Darüber hinaus unterwandert sie die "eigenen Stadtwerke".

Der Wechsel (über die Ukraine Krise ausgetragen) der Abhängigkeiten, weg vom russischen Gas hin zu sicherlich teureren amerikanischen Fracking Produkten "ist die große Energiewende Europas."²

Der Arbeitnehmer hat einzig Lohndumping zu akzeptieren, da jede Regelung die ihn schützen könnte, vor untragbaren Vergleichslöhnen in Lateinamerika oder anderswo, die zudem kaum Arbeitsschutz beinhalten, keine Handlungsoptionen vor Ort.

Die Arbeitnehmer im freien Fall, Armut, steigende Arbeits- und Beschäftigungslosigkeit sind die Folge in Deutschland.

Und was den "neuen" Freihandel, also die zu erwartenden Gewinne von Großkonzernen beeinträchtigt, darf der Steuerzahler ausgleichen (Investorenschutz).

Protektionismus ist verwerflich, könnte er doch heimische Arbeitsplätze und Standards schützen.

Mietpreise sollen stabilisiert werden (Mietpreisbremse), aber die Umlage der energetischen Maßnahmen, die überwiegend brandschutztechnisch nicht vereinbar sind (Bundesregierung!), dürfen weiter umgelegt werden. Für die daraus resultierenden höheren Versicherungskosten gilt dies ebenfalls.

Konzepte Mieter und Eigentümer gemeinsame Lösungen konzipieren zu lassen gibt es nicht, noch wird darüber nachgedacht. Wer Opfer ist muss feststehen. Sonst gibt es keine Investitionen!?

Wenn man wie Gabriel nur rein ideologisch neoliberal handelt, führt das dazu, dass wir unsere Potenziale nicht ausspielen sondern beerdigen. Statt weniger brauchen wir mehr Staat, denn Forschung und Entwicklung ist eine gemeinsame Aufgabe der Gesellschaft

² Verhandlungsauftrag der EU Kommission: Sicherstellung der Teilhabe an amerikanischen Fracking Produkten.

und muss entsprechend finanziert werden.

Wir sollten wie in den USA eine Behörde wie die DARPA³ einführen, die Start ups fördert, diese wenn nötig Jahrzehnte lang begleiten bis zur Markteinführung der entwickelten Produkte, aufstellen.

Die guten Ideen raus suchen, bewerten und weiterentwickeln lassen, wäre ihre Aufgabe. Mit diesem Konzept (seit 1958) haben die USA ihren heutigen technologischen Vorsprung (z.B. Internet) finanziert und erarbeitet.⁴

Lokal: Die Kommunen sterben an der Energiepolitik der Bundesregierung

In Duisburg brennt der Baum. Die Stadtwerke stehen vor der Aufgabe ihrer Kernkompetenzen, der Stromproduktion. Den eigenen Energiepark aufzugeben bedeutet einen hohen monetären Verlust aber auch keine Perspektive mehr als Energiekonzern. Reiner Dienstleister bzw. Händler der Strom kauft und weiterverkauft, das können andere besser als Stadtwerke, z.B. Banken.

Die Stadtwerke Duisburg sind nicht irgendein Unternehmen sondern ist der Finanzier der Holding, der DVV, (Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft). Daran hängen Netze Duisburg, die Verkehrsgesellschaft, Wärme wie Fernwärmeversorgung, IT Gesellschaft Duisburg, Wasserversorgung.

Sollten die Stadtwerke ihren Kraftwerkspark aufgeben müssen, würde dies folgendes bedeuten: Die Kraftwärmekopplung und die Fernwärme stirbt. Sie lässt sich nicht mehr aufrecht erhalten mangels Masse. Das wird einige Kunden "freisetzen" sprich die Stadtwerke werden die Verträge kündigen und die Kunden werden "neue Quellen erschließen" müssen.

Nicht nur das viele Bürger zunächst unversorgt sind, der Markt, bisher von den Stadtwerken dominiert, ist endgültig aufgebrochen und nicht mehr rückholbar, eine Vorwegnahme der TISA Vereinbarungen. Ob die STEAG hier einspringen kann hängt davon ab ob Dortmund, Bochum und Essen ihre Einlagen aufrecht erhalten können. Private Anbieter würden die Lücke zu erhöhten Preisen gerne schließen.

Die DVG, Duisburger Verkehrsbetriebe, die immer am Tropf der Stadtwerke hängen, werden ebenfalls die Tore schließen müssen, d.h. keine Straßenbahnen mehr in Duisburg, womöglich auch keine Busse mehr.

Inwieweit die DVV als Holding dieses Desaster überstehen wird steht noch aus. Möglicherweise ist es das Ende.

Damit aber auch das Ende der Kommune Duisburg, denn Ausgleichszahlungen, wie bereits in der Vergangenheit erfolgt, (ca. 30.Mio.€/2012) an Töchter sind nicht denkbar, die Kassen sind leer, zusätzliche Tageskredite nicht genehmigungsfähig.

Selbst wenn der Stadt Duisburg die komplette Auflösung der freiwilligen Leistungen erspart bleibt, sind wesentliche Teile der Daseinsvorsorge weggebrochen.

³ DARPA: Defense Advanced Research Projects Agency

⁴ s. Mazzucato 2013: "Das Kapital des Staates"

Selbst wenn ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden könnte, die Altschulden von annähernd vier Mrd. € kann niemand schultern.

Das Land NRW, das selbst kaum finanziellen Spielraum hat und zudem die Neuverschuldung 2020 auf Null fahren muss, wird somit ebenso als Retter ausfallen. Der Bund wird sich als nicht zuständig erklären bzw. die Herrschaftsklassen der Parteien werden den Fall Duisburg politisch ausschlichten. Die erste Kommune in Deutschland ist bankrott.

Und das alles weil die Bundesregierung nicht handelt sondern maximal verwaltet.

Wie konnte es zum Zusammenbruch der Stadtwerke kommen. Vorweg mit dem Engagement bei der STEAG haben sich die Stadtwerke übernommen. Nichtsdestotrotz ist dies nicht ursächlich für den Niedergang. Die Stadtwerke waren immer vorbildlich in der Klimaverträglichkeit der Energiegewinnung. Vorreiter bei der Entwicklung der Kraftwärmekopplung, Bau eines hocheffizienten Gaskraftwerkes. Angebote wie Energiespardarlehen waren ebenso im Programm wie die Solarpotenzialanalysen.

Das Gaskraftwerk wird heute so lange wie möglich stillgelegt, da das Gas zu teuer ist. Selbst das Kohlekraftwerk bringt keine Gewinne mehr. Die Netze sind Eigentum. Da die Stadtwerke Duisburg 63% ihrer Nettoenergieerzeugung aus Erdgas produziert, ist klar, dass die Abschaltung des Gaskraftwerkes sozusagen den Entzug der Geschäftsgrundlage bedeutet.

Entscheidender Punkt für die Stadtwerke Duisburg und in ganz Deutschland ist der Zusammenbruch des Zertifikatshandels.

An den Lohnkostenentwicklung liegt es bestimmt nicht! Eher an den über 120 Mio. Kreditschulden, bei ca. 800 Mio.€ Umsatz!

"Die Verteilung der Wertschöpfung auf Arbeits- und Kapitalerträge zeigt zwischen 2006 und 2010 eine sehr starke Abnahme der Lohnquote. Diese ging von 71,7 % auf 53,4 % bzw. um 18,3 Prozentpunkte zurück. Dafür stieg die Mehrwertquote (Gewinn und Zins) entsprechend von 28,3 % auf 46,6 % an. Die Zinsquote innerhalb der Mehrwertquote ist dabei mit 11,6 Prozentpunkten sehr hoch, was wiederum Spiegelbild der hohen Bankkredite ist. Insgesamt lag hier eine kräftige Umverteilung der Wertschöpfung zu Lasten der Arbeitseinkommen vor." ⁵

Die Ruhrstädte sterben an ihrer RWE Beteiligung

Weiterer Punkt in NRW ist die Beteiligung der Kommunen Essen, Dortmund, Bochum Gladbeck am RWE Konzern. Die Aktien, die Gelsenkirchen und Düsseldorf vor einigen Jahren zu einem Kurs von ca. 45.--€ veräußert haben und damit Schulden abgebaut hatten, sind in den oben angeführten Kommunen in den Bilanzen keine Wertberichtigungen vorgenommen worden. Von bis zu 90.--€ pro Aktie als "Tafelsilber" verbucht, liegt der Aktienkurs von RWE aktuell bei ca. 27.--€ . Das bedeutet in allen Fällen wohl den Bankrott der jeweiligen Stadtwerke, Kommune, wenn sie die notwendigen

⁵ Wissenschaftliches Gutachten veröffentlicht von der Rosa Luxemburg Stiftung NRW

"Perspektiven der STEAG GmbH als kommunales Energieunternehmen im Kontext der Energiewende" von Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup, Prof. Dr. Ralf-M. Marquardt

Abschreibungen vornehmen. Denn damit sinkt das Eigenkapital und gleichzeitig die Kreditlinie.

Hier hat das Land NRW große Probleme, denn der Städtefinanzausgleich wird noch großen Widerstand hervorrufen. Das soll hier jetzt aber nicht Thema sein.

Interessanter ist allerdings die Frage, ob eben diese Kommunen, die sich ebenso in die STEAG eingebracht haben (außer Gladbeck) ihre Investition aufrechterhalten können.

Die "Energiekrise" wird möglicherweise das Ruhrgebiet sprengen. Darüber zu schweigen kann weder das Land noch die Bundesregierung, doch genau dies passiert. Lösungen erarbeiten vielleicht im stillen Kämmerlein aber ansonsten erfolgt nichts!

Auch hier versagt Gabriel. Verschweigen von Problemen hilft niemanden (außer ihm selbst). Lösungswege aufzeigen, erarbeiten ist angesagt. Die Parteipolitik, sprich Gezänk wird allerdings maximale Kosten produzieren, ist aber zu unterbinden!. Aber das Abwarten des Ergebnisses des angestrebten Städtefinanzausgleichs ist grob fahrlässig. Das Kind ist in den Brunnen gefallen, aber anstatt es zu retten wird geflutet. Es geht ja um Politiker Karrieren.

Richtig wäre es gewesen in den Bundeshaushalt entsprechend Rückstellungen zu platzieren, denn es geht um die Energie-Versorgung von ca. zwei Mio. Menschen. Das sollte eine nationale Aufgabe sein.

Noch kurz angemerkt: Wenn das Ruhrgebiet zahlungsunfähig ist, ist dies eine nationale Krise, denn jeder fünfte Euro wird in NRW umgesetzt.

Börse und Spekulanten

Die Strom Börse in Leipzig. Die EEX gehört zu 35% der Eurex Zürich AG**, die restlichen Anteile gehören Versorgern und Banken zu 62%. Um näher "bei ihren Kunden zu sein" hat die EEX ein Büro in London eröffnet!?

Eigentümer: U.a. Landesbank Baden Württemberg zu 23% (da gibt es keine Verbindungen zu ENBW! nein).

Eins gehört festzustellen: Nicht aus den Anteilen an der EEX sondern aus der Marktmacht des einzelnen Unternehmens und der daraus resultierenden Manipulationsmöglichkeiten, sind das Maß der Dinge.

Mitarbeiter für Wetterprognosen, wie sie die großen Vier, haben haben die Stadtwerke nicht. Um an der preiswerten Öko-Strom Produktion partizipieren zu können, müssen sich Stadtwerke an Wind- und Solarparks beteiligen.

Je mehr Ökostrom ins Netz kommt desto geringer der Preis. Für die Verbraucher steigt im Gegenzug dann die Ökostrom-Umlage. Diese Umlage gleicht die Differenz zwischen staatlich garantierten Einspeisevergütung und Börsenpreis aus.

Diesen zahlen nur die Endverbraucher.

Aber je stärker der Strompreis schwankt (Volatilität) desto mehr Spekulanten am Markt. Und RWE und E.ON spekulieren auf steigende oder sinkende Preise am Markt. Und da sie mit ihren Kraftwerkparks am Angebot ein wenig mitspielen, haben sie auch Einfluss auf die Preisentwicklung. Hier stehen Stadtwerke außen vor. Zudem: Wann ein Kraftwerk

repariert werden muss weiß nur sein Betreiber! Das künstliche verknapfen vom Stromangebot und die "dazugehörige Spekulation" als Renditeeintreiber.

Hedgefonds hingegen spekulieren auf allen Strombörsen⁶ und wissen die unterschiedlichen Energiemix der jeweiligen Länder zu bewerten. Das heißt wesentliche Gewinne ziehen die Hedgefonds aus den Strommärkten. Margen von über 20% sind möglich. Das zeigt, die Börse wird von externen Geld missbraucht und ausgenommen, ja sogar ein Black - Out kann börsentechnisch herbeigeführt werden.

Da es sich bei Stromversorgung um Daseinsvorsorge handelt, müssen Spekulationen an der Strombörse verboten werden, denn es geht um Versorgung! Das Grundrecht auf Stromversorgung darf niemand durch Spekulationen verweigert werden.

Und: Wenn die lokalen Lösungen sich durchsetzen, ist eine Strombörse obsolet, ja schädlich. Hier sind bilaterale Beziehungen viel gesünder für die Allgemeinheit. Aber es geht immer darum, dass es der Wirtschaft, Aktionären gut geht, wie es den Bürgern ergeht ist nicht der Rede wert. Die Bürger, und das gestehen sogar die Neoliberalen, partizipieren nur unerheblich an den Märkten.

Fazit: Die Kohlepolitik von Gabriel bedeutet den Untergang der Stadtwerke, zugunsten der Banken und Versicherungen, die über Beteiligungen an Kohleimporten enorme Margen einfahren. Aber: Selbst E.ON kann ohne Kohle!

Der CO2 Zertifikatshandel muss endlich als Grundlage für die Energiewende entsprechend installiert werden!

Die, die Klimaziele einst von Rot/ Grün vorgegeben, Ernst genommen und in Gaskraftwerke investiert haben, sterben. Die Konzerne mit ihren Großkraftwerken und Kohleverstromung überleben und übernehmen die öffentlichen Märkte und damit milliardenschweres öffentliches Eigentum (Gaskraftwerke zum Schleuderpreis) mit vielen neuen Kunden.

Denn E.ON hat preislich vorgebaut und den eigenen Kraftwerkspark ausgelagert, damit allen klar ist, für hochtechnologische Gaskraftwerke gibt es nur "Entschädigungen".

Nach der Übernahme werden die Konzerne womöglich lokale Lösungen einführen um das Risiko zu streuen. Und bestimmt zu diesem Zeitpunkt wird der Zertifikatshandel funktionieren. Zynismus pur.

Letzter Punkt:

Schattenbanken und Fondsgesellschaften

Die Politik reguliert die Banken. Schattenbanken und Fondsgesellschaften liegen zu sehr im Schatten, als das die Politik sie wahrnehmen könnte? Diese werden in keinster Weise reguliert!

Die Fondsgesellschaft BlackRock, Manhattan NY. USA hat vier Billionen Dollar Anlagevermögen! Zum Vergleich:

Das Anlagevermögen übersteigt den deutschen Bundeshaushalts um das 11 fache.

Das BIP, (Bruttoinlandsprodukt) Deutschlands beträgt ca. 3,5 Billionen Dollar.

BlackRock: An allen DAX Unternehmen beteiligt, in neun DAX-Unternehmen, der größte Anteilseigner.

⁶ APX Amsterdam, EPEX SPOT SE Paris, Nord Pool Oslo

Für diesen Konzern und die weiteren 148 größten Konzerne der Welt wird TTIP und TISA verhandelt und womöglich umgesetzt. Die Tendenz bei Gabriel und Merkel ist eindeutig: Zustimmung.

Im Jahr entspricht ca. 67 Billionen Dollar der Summe aller Produkte und Dienstleistungen am Weltmarkt.

Aber ca. 153 Billionen Dollar liegen freischwebend in den Schattenbanken und Fondsgesellschaften herum und suchen dringend Anlagemöglichkeiten, zwecks Wertschöpfung. Deshalb auch der Privatisierungszwang in TTIP und CETA sowie TISA.

Gegen Geld hilft nur Geld! Und die Verabredung der Bundesregierung keinerlei Steuern zu erhöhen ist eine Fehlentscheidung. Hätten wir noch die Steuersätze von 1998 beibehalten, hätten wir über 480 Mrd.€ Mehreinnahmen in diesem Zeitraum gehabt. Damit wäre die Neuaufnahme von Krediten seitens der öffentlichen Hand in weiten Teilen unterblieben und gleichzeitig hätte man Autobahnen, Bahngleise, Bundeswehr, Kommunen und die Energieentwicklung in großartiger Weise stärken können!

Wo die Armen sind kann man das Meiste verdienen. Billig einkaufen teuer weiter verkaufen, Abhängigkeiten schaffen u.a.m.. Und man hat langen Atem.

Das Ruhrgebiet ist ein wunderbares Einfallstor für die Schattenbanken und Fondskonzerne, kann man ganz nebenbei ca. 5,0 Mio. Menschen steuern. Schulden bedeuten immer, dass man ein potentiell Opfer ist.

Siehe Hoist Duisburg. Sie kaufen abgeschriebene Kredite von Banken für ein paar hundert Euro und machen den Schuldner "gute Angebote". D.h.: Null Risiko und erhebliche Einnahmen.

Das Ruhrgebiet hat sehr viele Schulden. Die Kommunen stehen zahlreich kurz vor dem Exitus. Gleiches gilt für viele Stadtwerke und die STEAG. Und an den Stadtwerken hängen nicht nur der Energiesektor sondern viele Dinge, die wir heute unter Daseinsvorsorge buchen, dann im Nirwana.

D.h. die Übernahme des Ruhrgebiets durch Fondsgesellschaften steht bevor.

Dann verhandelt der Bürger bzw. Politiker nichts mehr.

Das zeigt: Es geht um alles ! Jetzt!

Bürger im Ruhrgebiet werdet wach, sonst werdet ihr Spielbälle und eure Kommunen und eure bezahlbare Stromversorgung gibt es nicht mehr. Tretet euren Politikern auf die Füße. Kümmert Euch!

Glück Auf!

Stefan Reinschmidt, Duisburg

